



## Niederschrift

45. Plenarsitzung des Gemeinderates  
20. Dezember 2022, 15:30 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

42.

**Punkt 38 der Tagesordnung: Für den Weiterbetrieb des Kernkraftwerks Neckarwestheim II bis Mitte 2024**

**Antrag: AfD**

**Vorlage: 2022/2181**

### **Beschluss:**

Keine Behandlung des Antrags

### **Abstimmungsergebnis:**

Geschäftsordnungsantrag Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Verschiebung der Abstimmung:  
Mehrheitliche Ablehnung (3 JA-Stimmen, 40 Nein-Stimmen)

Geschäftsordnungsantrag Stadtrat Høyem (FDP): Schluss der Debatte, keine Abstimmung:  
Mehrheitliche Zustimmung (24 JA-Stimmen, 18 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung).

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 38 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 6. Dezember 2022.

Dazu gibt es einen Geschäftsordnungsantrag.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Ja, danke sehr, Herr Oberbürgermeister. Kernkraft ist unglaublich wichtig und wir versuchen, landes- und bundesweit so viel wie möglich zu tun, aber das ist kein kommunalpolitisches Thema, und wir haben wieder und wieder versucht, die letzten sechs, sieben Jahre Sie zu überreden und generell uns alle zu überreden, wir sollen hier im Gemeinderat Karlsruhe kommunalpolitische Themen behandeln und nicht andere Themen. Deshalb schlagen wir vor, dass wir dieses Thema nicht behandeln.

**Der Vorsitzende:** Können Sie noch mal formulieren, was jetzt Ihr Antrag ist? Weil das ja ein Antrag zur Geschäftsordnung ist.

**Stadtrat Høyem (FDP):** Dass wir direkt zum TOP 39 weitergehen.

**Der Vorsitzende:** Gegenrede, Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich hätte auch einen Geschäftsordnungsantrag, aber Sie wollen wahrscheinlich jetzt den zuerst abarbeiten. Es geht hier ja nicht um die Bundespolitik, sondern es geht darum, was wir als Stadt tun, um Einfluss auf die Bundespolitik zu nehmen. Es wird ja beantragt, dass der Herr Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung alles tun, um sicherzustellen, dass unsere Energieversorgung durch den Weiterbetrieb von Neckarwestheim II weiterhin sichergestellt ist und ich glaube, dass wir damit auf der sicheren Seite sind. Wenn wir damit durch sind, ich hätte jetzt noch einen anderen Änderungsantrag.

**Der Vorsitzende:** Jetzt machen wir erst mal das eine. Wir sind jetzt bei 38. Es gibt den Geschäftsordnungsantrag, quasi diesen Tagesordnungspunkt nicht sozusagen zu vollenden. Rein geschäftsordnungsmäßig, ich habe Sie ja auch schon vor der Sitzung darauf hingewiesen, hat dennoch der Antragsteller das Recht, seinen Antrag zu begründen. Sie können danach den Rest, also die Debatte können Sie hier quasi per Geschäftsordnungsantrag und die Abstimmung können Sie hier sozusagen ausschließen. Also, insofern würde Ihr Antrag bedeuten, dass wir, nachdem der Antragsteller seinen Antrag dargestellt hat, dann wir die Debatte und den Tagesordnungspunkt abschließen. Es geht nicht um die Begründung. Über die Begründung, da kann man ja ewig streiten. Ich sehe das anders, das wissen Sie, aber es ist Ihre quasi Macht hier, als Gremium zu entscheiden, über was Sie debattieren und abstimmen wollen und über was nicht.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich habe auch einen Geschäftsordnungsantrag, und zwar haben wir ja diesen Antrag ..., zu diesem Antrag. Wir haben diesen Antrag vor zwei Wochen vorberaten, trotzdem haben wir heute eine E-Mail bekommen, dass eine Fraktion der Meinung ist, ich sei befangen, und in dieser E-Mail von der Verwaltung stand drin, dass die Verwaltung das, obwohl ich Informationen geliefert habe, nicht abschließend klären kann bis jetzt. Deswegen möchte ich gerne das Ganze auf die nächste Sitzung verschoben haben, damit wir in der Zwischenzeit klären, ob ich befangen bin oder nicht. Ich möchte nicht, dass dieser Antrag beraten wird, wenn der Vorwurf, ich sei befangen, noch im Raum steht. Ich denke, dass ich nicht befangen bin als Repräsentant einer großen Gruppe, aber ich möchte es gerne geklärt haben, bevor wir es debattieren.

**Der Vorsitzende:** Ja, das war jetzt kein Antrag zur Geschäftsordnung, sondern Sie wollen es verschieben. Der Herr Stadtrat Dr. Cremer hat sich als befangen erklärt, und wir haben Ihre Befangenheit geklärt, und wir sind der Meinung, dass Sie nicht befangen sind, so, wie das in der Vergangenheit auch der Fall war. Insofern braucht es aus meiner Sicht keine Verschiebung wegen dieser Begründung eben. Wenn Sie es trotzdem verschieben wollen, können Sie natürlich den Antrag stellen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ja, dann würde ich es gerne trotzdem auf die nächste Sitzung verschoben haben, bitte, einfach um es abschließend zu klären.

(Unruhe)

**Der Vorsitzende:** Nein, er kann natürlich hier den Geschäftsordnungsantrag stellen, es zu verschieben. Den stelle ich jetzt zur Abstimmung, und dann komme ich zum anderen Geschäftsordnungsantrag.

Ich würde zuerst den Antrag auf Verschiebung zur Abstimmung stellen und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine deutliche Ablehnung. Damit bleibt der Antrag heute auf der Tagesordnung.

Es gab einen Geschäftsordnungsantrag, dass man den Antrag nicht debattiert und nicht abstimmt. Was nicht verhindert werden kann, ist, dass der Antrag begründet wird, und das ist jetzt der Geschäftsordnungsantrag.

**Stadtrat Hock (FDP):** Eine kurze Nachfrage noch, aber das heißt nicht, dass der dann das nächste Mal mit draufkommt?

**Der Vorsitzende:** Nein, das haben Sie abgelehnt. Also, dieser Geschäftsordnungsantrag von Herrn Høyem, sozusagen Schluss der Debatte, bevor sie richtig losgeht und Sie wollen mehrheitlich keine Abstimmung, weil Sie sagen, das ist kein Thema für die Kommunalpolitik. So habe ich es verstanden und dieser Antrag steht jetzt zur Abstimmung, und ich bitte Sie um Ihr Votum...

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ja, Halt, ich darf doch eine Gegenrede...

**Der Vorsitzende:** Ja, Sie haben ja gegen geredet.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Nein, ich habe noch nicht gegen diesen Antrag geredet. Ich habe einen anderen Antrag...

**Der Vorsitzende:** Nein, das stimmt nicht, Herr Schmidt. Ich habe Sie danach aufgerufen, und Sie haben dargestellt, dass das ein aus Ihrer Sicht legitimes Interesse ist, weil es ein Auftrag an den Oberbürgermeister ist. Sie haben es inhaltlich begründet.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Das finde ich jetzt ein bisschen unfair, weil das war mir nicht bewusst.

**Der Vorsitzende:** Ja, dann sagen Sie noch mal eine Gegenrede. Ich will mich da jetzt nicht auf irgendwelche...

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Gut, ich wundere mich schon sehr, welche Klimzüge hier unternommen werden, dass man sich nicht mit der Sicherheit der Energieversorgung in unserer Region befasst, weil ich habe ja extra hier in dem Antrag, den wir ja auch vor zwei Wochen vorberaten haben im Hauptausschuss, dargelegt, dass wir tatsächlich inzwischen durch die Abschaltung der Kernkraftwerke in Baden-Württemberg - wir haben ja schon vier Stück abgeschaltet - nur noch die Hälfte unseres Stromes selber produzieren. Deswegen bin ich der Meinung, dass wir aktiv werden müssen.

**Der Vorsitzende:** Nein, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, das geht jetzt nicht. Sie können das ja nachher bei der Begründung Ihres Antrags alles sagen. Jetzt geht es ja erst mal darum, ob wir nach Ihrer Begründung des Antrags diskutieren und abstimmen oder nicht. Der Herr Stadtrat Høyem hat das jetzt als Änderungsantrag vorgelegt, und Sie haben natürlich eine Gegenrede, weil Sie sagen, es ist ein kommunalpolitisches Thema, ich will es auch diskutieren und abstimmen. Das haben wir ja verstanden. Dieser Geschäftsordnungsantrag auf

Schluss der Debatte und keine Abstimmung, der steht jetzt zur Abstimmung und mehr nicht, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Also, der Antrag hat eine Mehrheit gefunden.

Damit gibt es nachher keine Debatte, und es gibt auch keine Abstimmung und, Herr Stadtrat Dr. Schmidt, Sie können aber dennoch jetzt erst mal Ihren Antrag stellen.

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ja, vielen Dank, Herr Oberbürgermeister. Jetzt habe ich es dann auch verstanden. Tut mir leid, dass es ein bisschen länger gedauert hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich muss mich schon sehr wundern, dass ausgerechnet hier die Fraktionen, bei denen die Bundestagsfraktionen genau diesen Weiterbetrieb fordern, jetzt hier alles tun, dass es hier nicht mehr diskutiert und abgestimmt wird, weil es ist so, dass die FDP und die CDU Bundestagsfraktionen genau dies fordern. Der Grund, weshalb ich beantragt habe, was wir als Fraktion beantragt haben, ist, dass wir von einem großflächigen Stromausfall hier als Stadt massiv betroffen wären. Wir sind die zweit- oder drittgrößte Stadt, je nachdem, von Baden-Württemberg, und wir sind dann massiv von diesem Stromausfall betroffen.

(Unruhe)

**Der Vorsitzende:** Darf ich ein bisschen um Ruhe bitten?

**Stadtrat Dr. Schmidt (AfD):** Ich habe in meinem Antrag, auch wenn es Ihnen nicht passt,

(Zurufe Stadtrat Hock, FDP)

- Herr Hock, bitte schreien Sie jetzt nicht dazwischen, damit ich mich konzentrieren kann - ich habe extra die Daten vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg zugrunde gelegt, und aus denen geht ganz klar hervor, dass durch die Abschaltung der vier Kernkraftwerksblöcke von den fünf, die wir hatten, tatsächlich eine enorme Stromlücke entstanden ist. Es ist nicht etwa durch irgendetwas anderes ausgefüllt worden, sondern der Strom fehlt einfach. Wir liefern nur noch die Hälfte, etwa die Hälfte unseres Stromes selber, und das war, als wir die anderen Kernkraftwerksblöcke noch in Betrieb hatten, war das anders. Das heißt, wir sind darauf angewiesen, dass wir diesen Strom aus dem Ausland, aus Frankreich, das hat ja unser Landesvater schon zugegeben, von den dortigen Kernkraftwerken beziehen. Da die im Moment technische Probleme haben ... Das hat jetzt nicht mal was mit der Ukraine-Krise zu tun, die haben ein technisches Problem, was in einem deutschen Kernkraftwerk aufgrund konservativerer Auslegungskriterien gar nicht infrage kommt, da ist nämlich eine Schweißnaht in einem Bogen, an einem relativ langen Abzweig vom Primärkreis, ohne dass ein Zwischenventil dazwischen wäre, schadhaft in einer ganzen Reihe von Reaktoren, und die muss repariert werden. Solche Leitungen gibt es bei uns nicht, und es gibt auch keine Schweißnähte im Bogen. Deswegen wäre so ein Problem in deutschen Kernkraftwerken nie aufgetreten, aber es führt jetzt dazu, dass Frankreich massive Schwierigkeiten hat und dadurch, dass wir unsere eigene Erzeugung hergegeben haben, sind wir davon auch massiv betroffen. Es ist problematisch, diese Schweißnähte zu reparieren, und deswegen wird es etliche Monate dauern, es kann nicht jeder machen und es ist eine relativ hohe Strahlendosis, sodass es schwierig sein wird, diese Reparatur überhaupt durchzuführen. Deswegen ist absehbar, dass wir über längere Zeit das Problem weiterhin haben werden, dass wir sehr wenig Strom aus Frankreich bekommen, auf den wir uns aber verlassen haben. Ich habe ja auch die Studie von unserem Umweltministerium Baden-

Württembergs zitiert, in der drinsteht, dass wir kein Problem haben, solange aus Frankreich der Strom kommt. Diese Situation ist eben jetzt nicht mehr gegeben, und deswegen habe ich dargelegt, dass wir wirklich in eine Stromnotsituation reinlaufen. Vor dem Hintergrund habe ich beantragt, dass wir alles tun, was in unserer Macht steht, um den Weiterbetrieb bis Mitte 2024 zu ermöglichen. Das war es, vielen Dank.

Zur Beurkundung:  
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –  
12. Januar 2023